

Editorial – Thema der Woche**Montag, 9 März 2015**

Hallo? Gibt's irgendwo noch 'ne Opposition? Bei der ersten Lesung zum Versorgungsstärkungsgesetz war am letzten Donnerstag jedenfalls kaum etwas zu hören und zu sehen. Nun gut, viel Zeit haben die derzeitigen 20-Prozenter tatsächlich nicht, um gründliche Analysen und fundierte Detailarbeit auszubreiten. Aber zumindest markante Akzente ließen sich ja wohl setzen – und vielleicht böte die knappe Zeit sogar Gelegenheit eine pointierte Kritik holzschnittartig und mit dem Hammer pressewirksam zuzuspitzen. Nichts davon gab es aber am Donnerstag zu hören, und so konnte man fast den Eindruck gewinnen, mit dem Versorgungsstärkungsgesetz sei alles in schönster Ordnung und die Opposition hätte im Grunde fast alles ganz genau so gemacht.

Vielleicht hat aber auch der Holzhammer der Ärzteschaft der parlamentarischen Opposition den Mut geraubt, denn mit deren Parolen und Schreckensszenarien wollten und wollen sich sicherlich weder die Grünen noch die Linken gemein machen. So blieb es allein Harald Weiberg von den Linken vorbehalten, auf das Verhältnis von ärztlicher Niederlassung und PKV-Verteilung hinzuweisen. Doch die hinter der Kritik liegende Bürgerversicherungs-Ideologie ließ ihn gleich das Kind wieder mit dem Bade ausschütten und – gemäß des eigenen Fraktions-Antrags – ein allgemeines PKV-Verbot fordern. Das hält die stärkste Analyse nicht aus, wenn sie im unmittelbaren Anschluss derart platt durch klassenkämpferische Einheitsideologie zugekleistert wird. Kein Problem also für, ich glaube Georg Nüsslein war's, darauf hinzuweisen, dass es noch kein Fortschritt sei, wenn es von Stund' an allen Versicherten gleich schlecht gehe...

Gar nicht aufgegriffen wurde allerdings der populistische Teil, der in den Terminservicestellen steckt. Das eigentliche Problem ist nämlich nicht (oder fast nicht), dass hausärztlich akutenkundig behandlungsbedürftige Patient keinen Termin beim Facharzt bekommt (das klappt nämlich in der Regel ganz gut, wenn der Hausarzt seinen Patienten nicht vollkommen alleine lässt). Das – gefühlt – dramatische Problem sind vielmehr Anrufe von Patienten (oder „Mystery-Patienten“) bei Fachärzten und die damit verknüpfte Erkenntnis, dass es bei PKV-Versicherten schneller geht als beim Kassenpatient. Ja klar: Die Priorisierung ist *natürlich* eine andere, wenn mir der medizinische Bedarf nicht unmittelbar ersichtlich ist, aber der Patientenstatus mir direkten und höheren Cash verspricht. Ich finde, das ist kein Skandal, sondern Lebensrealität. Es darf halt nur im medizinischen Notfall nicht ganz genau so sein – und da haben wir, wenn die Zahlen nicht täuschen, keineswegs Zustände wie in anderen europäischen Ländern, in denen der Zugang zum Arzt über ein staatliches Einheitssystem läuft.

Aber auch hier verrennt sich die Opposition in Ideologie und fordert die PKV-Abschaffung, während sie eigentlich darauf hinweisen müsste, dass die Gröhe-Plane blanker Populismus sind, der an der nachvollziehbaren und medizinisch eher unbedenklichen Bevorzugung von PKV-Versicherten kein Stück ändern wird. Da hatte es dann Jens Spahn leicht, schlicht darauf hinzuweisen, dass die zehn Prozent PKV-Patienten ja wohl kaum die Wartezimmer vollstopfen könnten. Stimmt. Denn der eigentliche Skandal ist, dass die Terminservicestellen dort eine Lösung versprechen, wo es keine medizinischen Probleme gibt, und dort sicher nichts lösen werden, wo die Versorgungsnot wirklich groß ist. Im augenärztlichen Bereich oder in der Schmerztherapie können nämlich die ambulanten Wartezeiten so lang sein, wie sie wollen: Das Problem wird auch im Krankenhaus nicht gelöst werden. Denn auch dort fehlen die Ärzte (abgesehen davon, dass es stationäre Augenärzte kaum noch gibt, weil man sie tatsächlich kaum noch braucht). Also: Auch gegen Terminservicestellen lässt sich Einiges vorbringen – nichts davon war indes am Donnerstag im Bundestag zu hören. Die Opposition – so die traurige Befürchtung – hat nicht nur ein quantitatives Problem...